

Leistungen gesichert!

„In Anbetracht der Teuerungen ist die SozialCard mehr denn je eine unverzichtbare Hilfe für viele Grazerinnen und Grazer“, sagt Bürgermeisterin Elke Kahr.

Mit der SozialCard können öffentliche Verkehrsmittel günstig genutzt, Museen und städtische Sporteinrichtungen kostenlos oder stark vergünstigt besucht werden. Man kann mit ihr in den VinziMärkten einkaufen, erhält finanzielle Vergünstigungen für Kinder-Feriencamps oder die Grazer Stadtbibliotheken. Weiters gibt es für die Kinder von SozialCard-Inhaber:innen gratis Vereinsmitgliedschaften in Grazer Sportvereinen und noch vieles mehr. Seit über einem Jahrzehnt gibt es diese freiwillige Leistung bereits in Graz. Bürgermeisterin **Elke Kahr**, damals Wohnungsstadträtin, hatte seit Jahren auf ihre Einführung gedrängt. Die Karte hat sich sehr bewährt und ist seither für tausende Grazerinnen und Grazer eine wichtige Unterstützung.

Verbesserungen 2023

Im Vorjahr war es aufgrund der Teuerungen notwendig, mehr Menschen als bisher den Bezug der Karte zu ermöglichen. Seither können auch Berufstätige, die Wohnunterstützung beziehen sowie Jugendliche und Erwachsene in Ausbildung die Karte beantragen. „Kontinuierliche Verbesserungen der städtischen



FOTO: KPÖ

„Die Teuerung hält beinahe ungehindert an und trifft immer breitere Kreise der Bevölkerung, die früher mit ihren Arbeitseinkommen und Pensionen gut über die Runden gekommen sind. Die SozialCard ist eine wichtige Hilfe für viele Menschen in unserer Stadt“, sagt Bürgermeisterin Elke Kahr.

Unterstützungsmaßnahmen sind sehr wichtig. Denn die Teuerung hält beinahe ungehindert an und trifft immer breitere Kreise der Bevölkerung, die früher mit ihren Arbeitseinkommen und Pensionen gut über die Runden gekommen sind. Die SozialCard ist deshalb mehr denn je eine unverzichtbare Hilfe für viele Grazerinnen und Grazer“, sagt Bürgermeisterin Elke Kahr.

Aktionen 2024 gesichert

In der Gemeinderatssitzung im Jänner wurden wieder bewährte Aktionen für das Jahr 2024 abgesichert. Darunter fällt etwa der Energiekosten-

zuschuss, der heuer 110 Euro pro Haushalt betragen wird. Bei der Schulaktion beträgt die Höhe der Unterstützungsleistung für 2024 pro schulpflichtigem Kind bzw. Kindern, die die allgemeine Schulpflicht bereits erfüllt haben, jedoch weiterhin eine Schule besuchen, 60 Euro. Im Rahmen des Kleinkinderzuschusses gibt es heuer 40 Euro pro Kind und die Höhe

der Weihnachtsbeihilfe für 2024 beträgt 50 Euro pro Haushalt – ab der vierten Person erhöht sich der Betrag um 10 Euro pro weiterer Person. Das Sozialamt wird alle SozialCard-Inhaber:innen rechtzeitig über die genaue Vorgangsweise in einem ausführlichen Schreiben informieren.

Nähere Infos:
[graz.at/sozialcard](https://www.graz.at/sozialcard)

ANTRAGSTELLUNG FÜR DIE SOZIALCARD

persönlich im **Sozialamt der Stadt Graz**, Schmiedgasse 26
Montag bis Donnerstag 8:00 bis 14 Uhr
Freitag 8:00 bis 12:30 Uhr
Telefon: 0316 / 872-6397 oder
E-Mail: sozialcard@stadt.graz.at
Online: [graz.at/sozialamt](https://www.graz.at/sozialamt)

VS Rosenberg: Hörbeeinträchtigte Kinder brauchen Fixplätze!

Die Volksschule Graz-Rosenberg unterrichtet hörbeeinträchtigte, gehörlose und hörende Kinder in einem vorbildlich inklusiven Setting. Der Unterricht findet bilingual in Deutsch und österreichischer Gebärdensprache statt und ermöglicht dadurch schon früh die gemeinsame Kommunikation aller Kinder an der Schule. Zusätzlich profitiert man von einer langjährigen Zusammenarbeit mit dem Förderzentrum für Hör- und Sprachbildung, sowie einem heilpädagogischen Kindergarten, die sich beide im Haus befinden.

„Über viele Jahre hat sich die Schule einen hervorragenden Ruf erarbeitet und gilt als Vorzeigeeinrichtung im spärlich vorhandenen inklusiven Bildungssystem“, sagt KPÖ-Inklusionssprecher **Philipp Ulrich**. Nun gibt es aber ein Problem:



Philipp Ulrich setzt sich dafür ein, dass hörbeeinträchtigte Kinder auch dann die VS Rosenberg besuchen können, wenn sie nicht in Graz wohnhaft sind.

FOTO: JULIA PRASSL

Im Schuljahr 2024/25 sollen sogenannte sprengelfremde Kinder – also jene die nicht in Graz wohnhaft sind – keinen Unterricht mehr an der VS Rosenberg erhalten. Konkret betroffen davon sind drei Kinder mit Hörbeeinträchtigung,

die aktuell den heilpädagogischen Kindergarten im Haus besuchen.

„Dass eine auf hörbeeinträchtigte und gehörlose Kinder spezialisierte Bildungseinrichtung hörenden Kindern mit Grazer Postleitzahlen den

Vorzug gegenüber betroffenen Kindern aus den Umlandgemeinden geben soll, ist nur schwer nachvollziehbar“, kritisiert Ulrich. „Der UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderung hat im Herbst 2023 besonders das segregierende Bildungssystem für die kaum vorhandenen Inklusionsfortschritte in Österreich verantwortlich gemacht. Gerade unter diesem Aspekt wäre eine weitere Segregation nach Wohnorten ein besonderer Schlag ins Gesicht für alle Betroffenen“, sagt Ulrich.

Im Gemeinderat hat er sich dafür eingesetzt, dass die betroffenen Kinder im Herbst die VS Rosenberg besuchen können. Der Antrag wurde mit breiter Mehrheit angenommen. Bildungsstadtrat **Kurt Hohensinner** (ÖVP) hat Unterstützung in der Sache zugesichert

Hauskrankenpflege: 1.155 Euro pro Monat bleiben Betroffenen

6,6 Millionen Euro beträgt der Anteil der Stadt Graz beim betreuten Wohnen, den Tages- und Demenztageszentren und zu den mobilen Pflegediensten. Einstimmig hat der Grazer Gemeinderat nun die gesetzlich vorgesehene Aufwandsgenehmigung beschlossen.

„Mobil vor stationär“

Der größte Anteil liegt dabei im mobilen Bereich, der es ermöglicht, dass pflegebedürftige Menschen so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden leben können. „Eine Ausgleichszahlung der Stadt Graz sorgt seit 2018 außerdem dafür, dass den Grazer:innen, die zu Hause Pflegedienste in Anspruch nehmen, die Höhe



Zuzahlungen der Stadt stellen sicher, dass pflegebedürftige Grazer:innen möglichst lang zuhause leben können. FOTO: CDC/SUNSPASH

der Mindestpension erhalten bleibt“, erklärt KPÖ-Gesundheitssprecherin **Amrei Lässer**. Im Vorjahr hat auch das Land Steiermark das von Pflegestadtrat **Robert Krotzer** (KPÖ) eta-

bierte Modell übernommen. Mit Jahreswechsel stieg diese Zuzahlung von 1.053,64 auf 1.155,84 Euro.

Bis zur Einführung des Grazer Modells waren immer

wieder Menschen aus finanziellen Gründen gezwungen, in ein Heim zu gehen, weil sie sich die mobilen Pflegedienste (Hauskrankenpflege, Pflegeassistenz oder Heimhilfe) nicht leisten konnten. Dabei wären sie gesundheitlich durchaus in der Lage, zuhause zu bleiben.

Wenn Menschen länger zuhause bleiben können, ist das sowohl gut für sie selbst, als auch für die öffentlichen Finanzen. Ist jemand im Pflegeheim, kostet das die öffentliche Hand deutlich mehr, als an Kosten für mobile Dienste anfallen. Das Modell entlastet also sowohl die Menschen als auch die öffentlichen Budgets.

Nähere Infos:
[graz.at/kliententarifmodell](https://www.graz.at/kliententarifmodell)

Let's go, Senior:innen!

Mit „Let's go! Bezirks-sportplätze“ fand 2023 ein vom ASVÖ organisiertes, wöchentliches und nachhaltiges Trainingsprogramm für Senior:innen und Junggebliebene an einigen ausgesuchten Bezirkssportplätzen statt.

Von Mai bis Ende Oktober und immer am gleichen Tag zur gleichen Zeit fanden wöchentlich organisierte Trainingsprogramme statt. Von November bis April jedoch fehlt ein entsprechendes Angebot. Doch auch in den dunklen Wintermonaten wäre es im fortgeschrittenen Alter besonders wichtig, regelmäßig sportliche Aktivitäten auszuüben.

Darum schlägt KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora** in einem Gemeinderatsantrag vor, Trainingsprogramme für ältere Menschen in den Abendstunden in städtischen Schulen anzubieten. „Der große Vorteil an so einem Angebot liegt auch darin, dass es in jedem Grazer Bezirk städtische Schulen mit Turnhallen gibt. So könnte das Angebot auf das ganze Stadtgebiet ausgeweitet werden“, so Sikora.

Taxikostenzuschuss wird erhöht



Der städtische Taxikostenzuschuss wird erhöht. Die Gültigkeit der Taxigutscheine wird auf sechs Monate verlängert

FOTO: KK

Erstmals wurde ein Taxikostenzuschuss für mobilitätseingeschränkte Menschen 1987 angeboten. Grazer:innen, die aufgrund ihrer Beeinträchtigungen keine öffentlichen Verkehrsmittel benutzen können, haben bislang einen Zuschuss im Rahmen von Taxigutscheinen erhalten.

Gültig waren die Taxigutscheine immer nur für den Monat in dem sie ausgestellt wurden. Nicht in Anspruch genommene Taxigutscheine verloren ihre Gültigkeit und konnten im Folgemonat nicht mehr eingelöst werden. Das ändert sich jetzt: „Der Beirat für Menschen mit Behinderung hat sich dafür ausgesprochen, dass die Gutscheine nicht verfallen sollen. Darum wurde die Gültigkeit auf sechs Monate

verlängert“, freut sich **Philipp Ulrich**, kommunistischer Inklusionssprecher im Grazer Gemeinderat.

Je nach Einkommen stehen Bezieher:innen vier bzw. sechs Fahrten pro Monat zur Verfügung. Der Wert der Gutscheine erhöht sich von maximal 10,60 Euro auf 12 Euro. Darüber liegende Beiträge sind vom Fahrgast selbst zu bezahlen.

Die Finanzierung des verbesserten Taxikostenzuschusses wurde vom Gemeinderat einstimmig beschlossen. Ebenso einstimmig beschlossen wurde ein Zusatzantrag von ÖVP-Integrationssprecherin **Cornelia Leban-Ibrakovic**, der vorschlägt zu prüfen, ob die Taxigutscheine im jeweils gültigen Zeitraum auch kombinierbar eingelöst werden können.

KOMMENTAR



Energiesparen darf nicht bestraft werden!

Die staatliche Regulierungsbehörde E-Control hat die Netzentgelte mit 1. Jänner in ganz Österreich erhöht. Am stärksten von der Teuerung betroffen ist die Steiermark. Offizieller Grund für die Erhöhung: Der Stromverbrauch ist gesunken. Das ist komplett widersinnig und unverständlich. Das bedeutet für steirische Haushalte im Durchschnitt Mehrkosten von 38 Euro pro Jahr.

Seit der Liberalisierung der Strom- und Energiemärkte um die Jahrtausendwende kämpfen Händler, die selbst meist keinen Strom erzeugen, sondern damit handeln, um die Haushalte. Dieses System treibt die Preise für alle in die Höhe. Große Energiekonzerne erzielen hohe Gewinne, die dann oft bei der Instandhaltung und Modernisierung der Netzinfrastruktur fehlen. Höhere Gebühren aufgrund von sinkendem Verbrauch zeigen, dass dieses System von Grund auf nicht stimmt. Strom gehört wie Wärme, Wohnen und Wasser zu den täglichen Grundbedürfnissen, die nicht dem freien Markt überlassen werden dürfen. Dass die Liberalisierung keineswegs zu niedrigeren Kosten für alle führt, wie damals versprochen wurde, zeigt sich nirgends so deutlich wie am Energiemarkt.

Ihre Bürgermeisterin Elke Kahr

SO ERREICHEN SIE ELKE KAHR:

Rathaus, 2. Stock

Tel.: 0316 872-2000

Mail: buergermeisterin.kahr@stadt.graz.at

GGZ: Weitere Verbesserungen

Die Möglichkeit, auf bessere Dienstverträge umzusteigen, haben nun alle Vertragsbediensteten der Geriatriischen Gesundheitszentren der Stadt Graz (GGZ). Das hat der Gemeinderat in der Jännersitzung einstimmig beschlossen. „In den GGZ gilt nun auch das verbesserte Gehaltsschema der KAGes“, erklärt KPÖ-Gemeinderätin **Elke Heinrichs**.

„Schon in den letzten beiden Jahren wurden im Rathaus we-

sentliche Verbesserungen umgesetzt“, betont Pflegestadtrat **Robert Krotzer**. Vieles wurde in den vergangenen Jahren von der Koalition aus KPÖ, Grünen und SPÖ schon auf den Weg gebracht.

Bereits im Oktober 2022 beschloss der Gemeinderat ein großes Personalpaket in den vier Pflegeheimen und bezahlte zusätzliche Treue-Prämien für langjährige Mitarbeiter:innen.

Um das Pflegepersonal zu

entlasten, übernehmen Stationsassistent:innen zahlreiche administrative Tätigkeiten. Dadurch bleibt den Pflegekräften deutlich mehr Zeit für ihre Arbeit mit den Patient:innen.

Alle Sozialarbeiter:innen der GGZ wurden in das attraktivere Gehaltsschema der Stadt überstellt und alle Heimhilfen, die mehr als fünf Jahre auf Leiharbeitsbasis in den GGZ tätig waren, bekommen einen Fixvertrag angeboten.

Darf mein Hund ins Lokal?



Gemeinderätin Daniela Katzensteiner hat angeregt, dass Aufkleber an Grazer Lokale verteilt werden, die bereits an der Eingangstür erkennen lassen, ob man seinen Hund mit hinein nehmen darf oder nicht.

FOTO: ALISA VENGEROVA

In Graz leben derzeit rund 17.000 Hunde. Die Stadt bietet ihnen und ihren Besitzer:innen umfassende Infrastruktur- und Informationsangebote.

„In einem spezifischen Punkt sind uns andere Städte voraus: der Kennzeichnung der Hundefreundlichkeit von Gastronomiebetrieben“, sagt KPÖ-Tierschutzsprecherin **Daniela Katzensteiner**. Als Best-Practice Beispiel sei hier

die italienische Kleinstadt Marano Lagunare genannt, in der Tierhalter:innen sofort auf einen Blick erkennen können, ob sie ihre Tiere in die jeweilige Lokalität mitnehmen können oder nicht.

Ein Teil der Grazer Cafés, Restaurants und Bars weist die Information, ob Hundebesitzer:innen mit ihren vierbeinigen Begleitern im Gastgarten- bzw. Innenbereich Platz nehmen dürfen, bereits auf

eigene Initiative hin im Eingangsbereich mit entsprechenden Aufklebern bzw. Schildern aus.

„Das erspart Kund:innen mit Hunden das Nachfragen und dem Personal das Beauskunfteten, indem es die nötige Information direkt an der Tür zur Verfügung stellt“, meint Katzensteiner. „Damit dieses Service in Zukunft noch mehr Verbreitung findet, rege ich eine Aktion von Seiten der Stadt

Graz an, die sich ein Vorbild am italienischen Marano Lagunare nimmt.“

Sie schlägt daher die Gestaltung von zwei unterschiedlichen Aufklebern nach dem Ampelfarbenprinzip in Grün und Rot vor, die mit einem erklärenden Begleitschreiben und der höflichen Bitte um Anbringung in Kooperation mit der Wirtschaftskammer an alle Grazer Gastronomie-Betriebe verschickt werden.



FOTO: ALISA VENGEROVA

KPÖ-Klubobfrau Christine Braunersreuther hat im Gemeinderat Kulturstadtrat Günter Riegler zur Zukunft des KiStL-Hinterhoftheaters in St. Leonhard befragt.

Was wird aus dem KiStL?

Wegen eines Bebauungsplanes im Hof der Rechbauerstraße 63a, hat das KiStL-Hinterhoftheater nun die endgültige Kündigung zum 1.2.2024 für seine langjährige Spielstätte erhalten. Seit 1994 wurden in dem schmucken Häuschen niveauevolle Boulevardstücke, Komödien, Krimis und Klassiker der Theatergeschichte geboten.

„Das Publikum schätzte an dem Theater nicht allein das hochwertige Programm, sondern auch das besondere Ambiente der liebevoll gestalteten Spielstätte in dem ruhigen, grünen Hof“, weiß KPÖ-Klubobfrau **Christine Braunersreuther**. Das in den 1870er-Jahren errichtete Häuschen stand lange Zeit unter Denkmalschutz, bevor dieser 2008 vom Bundesdenkmalamt aufgehoben wurde. Eine erneute Unterschutzstellung wurde auch nicht gewährt, als herausgefunden wurde, dass die beiden

Sgraffiti neben dem Eingang Godwin Ekhart (auch Eghart) zugeschrieben werden können – einem Mitbegründer von Günter Waldorfs „Junger Gruppe“, einer Abspaltung der Grazer Sezession.

Nun muss das Theater mit all seiner Einrichtung weichen. Neben Spielorten, an denen das bereits vorbereitete Programm präsentiert werden soll, suchen die Betreiber:innen Orte, an denen sie die sperrigen Sitzmöbel aus alten Kinobänken, Bühnentechnik und Kostüme unterbringen können.

Von Kulturstadtrat **Günter Riegler** (ÖVP) wollte Braunersreuther wissen, welche Unterstützung er hier leistet. Konkrete Maßnahmen nennt er nicht. Unterdessen hat Bürgermeisterin **Elke Kahr** Initiative ergriffen und bemüht sich darum Räume für das KiStL zu organisieren, in denen das Mobiliar und Requisiten gelagert werden können.